

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten

45. Sitzung
20. Januar 2020

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 16.44 Uhr
Vorsitz: Sabine Bangert (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

1. „Wie ist der aktuelle Stand im Prozess zur Erarbeitung einer Bibliotheksentwicklungsplanung für Berlin?“
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) antwortet auf die Frage von **Regina Kittler** (LINKE), dass sich die Bibliotheksentwicklungsplanung derzeit im Stadium der Ergebniszusammenführung und -aufbereitung durch die Beratungsgruppe befinde. Sämtliche partizipativen Formate mit Mitarbeitenden, Nutzenden und Jugendlichen seien abgeschlossen, fachliche Arbeitsgruppen hätten ihre Arbeitsergebnisse abgegeben, und zudem hätten Fachgespräche zum Thema Ehrenamt und zum Thema „Schnittstellen zwischen öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken“ stattgefunden. Nun würden die Ergebnisse der fachlichen Arbeitsgruppen in der Ständigen Konferenz der bezirklichen Bibliotheksleitungen diskutiert und kommentiert.

Es habe ein großes Engagement in der Beteiligung sowohl der Beschäftigten der Bibliotheken als auch der interessierten Nutzerinnen und Nutzer gegeben; sicherlich habe sich damit für die Mitarbeitenden auch schon ein Nutzen für die augenblickliche Entwicklung der Bibliotheken

ergeben. – Zentrale Themen seien die Personalentwicklung, die technische Infrastruktur und Fläche, Dezentralität, Zahl und Erreichbarkeit der Standorte, Finanzierung, Standards und mögliche Absicherung der Planung in einem Bibliotheksgesetz.

Mitte Februar solle die Beratungsgruppe einen ersten ausformulierten Entwurf vorlegen, der im Steuerungsausschuss und am 02.03.20 in der begleitenden Kommission diskutiert werde. In dem Zusammenhang sollten die Kommentierungen und Ergänzungen aus den beiden Gremien in die Entwurfsfassung einfließen. Am 16.03.20 sollten dann in der zweiten Statuskonferenz, zu der erneut sehr breit eingeladen werde, die Ergebnisse der Bibliotheksentwicklungsplanung diskutiert und präsentiert werden. Dort bestehe nochmals die Möglichkeit einer Kommentierung. Am 30.04.20 solle der finale Beraterentwurf bei der Kulturverwaltung abgegeben werden.

Dr. Dieter Neuendorf (AfD) fragt, in welcher Weise Senator Dr. Lederer Einfluss nehmen werde, um möglichen Kostenexplosionen beim Neubau für die Zentral- und Landesbibliothek entgegenzuwirken. Dieser habe nach Presseberichten eine Kostensteigerung auf eine halbe Milliarde Euro als möglich bezeichnet.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) erklärt, dass diese Information nicht zutreffe. Auf der Abschlussveranstaltung des Partizipationsverfahrens zur Machbarkeitsstudie zum Neubau der ZLB am 17.01.20 habe er hinsichtlich der Kosten darauf verwiesen, dass die bisher im Raum stehende Zahl einem Testat der frühen Kostensicherheit entspringe, die man aber nicht, wie das im medialen Raum oft geschehe, als gegebene Kosten behandeln könne. Eine Angabe zu den Kosten mit einer gesicherten und belastbaren Basis ergebe sich erst im Laufe der Vorplanung bzw. Bauplanung, aber in diesem Stadium befinde man sich noch gar nicht. Dies habe er verdeutlichen wollen und erklärt, dass es im jetzigen Stadium genauso – wenig – seriös wäre, von 100 Mio. wie von 500 Mio. Euro an Baukosten auszugehen. In der Presse sei daraus offenbar geworden: Kultursenator hält 500 Millionen Euro für die Kosten.

Allerdings habe er auch die Aussage getroffen, dass angesichts von Ausgaben wie den 4 Mrd. Euro für die Entschädigung der Betreiber der Kohlekraftwerke aufgrund des Kohleausstiegs eine halbe Milliarde Euro für eine moderne Bibliothek als Mittelpunkt des VÖBB und als ein Wohnzimmer der Stadtgesellschaft sicherlich keine Fehlinvestition wäre.

Vorsitzende Sabine Bangert stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorlägen und der Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0106](#)
Zukunft Alte Münze: Konzepte & mögliche Kult
Schwerpunkte
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0151](#)
Nutzungskonzept Alte Münze
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) Kult

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 21. Oktober 2019

- c) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0175](#)
Drucksache 18/2411 Kult
Alte Münze – als Kultur kreativ Standort sichern
Drucksachen 18/0869, 18/1042 und 18/1261
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) berichtet über die Entwicklungen seit der Anhörung zum Thema Alte Münze vom 21.10.19. Zur Bauplanung: Nach der abschließenden Abstimmung über die Nutzungskonzeption würden die Ergebnisse in ein Raum- und Funktionsprogramm überführt und die entsprechende Bedarfsplanung erstellt, dafür laufe derzeit die Vorbereitung. Mit der Mitteilung – Drucksache 18/2411 – liege eine detaillierte Darstellung vor. So könne das Nutzungskonzept nun weiter entwickelt und weiter manifestiert werden; das Beteiligungsverfahren in dieser Form – mit Blick auf die Nutzungsanforderungen an das Gebäude – sei damit abgeschlossen.

Für 2023 sei der Baubeginn und für 2026 der Abschluss der Sanierungsmaßnahmen geplant; insofern müsse man ca. 2023 konkret klären, wie eine Betreiberstruktur aussehen könne, die das Betreiben als einem gemeinsamen Kulturort und die Einbindung der beteiligten Player auf diesem Gelände ermögliche. Auf der Website „Alte Münze“ unter „Berlin.de“ werde man regelmäßig über den Projektfortschritt berichten. Auch die Akteure für die jeweils geplante Nutzung werde man bezüglich konkreter Raumanforderungen über planungsbegleitende Ausschüsse oder andere geeignete Formen einbeziehen und regelmäßig konsultieren. Bezüglich der kulturfachlichen Bedarfe bleibe die Kulturverwaltung aber in der Rolle des Entscheiders.

Derzeit gebe es noch ein Verfahren des Meisterrats Berlin-Brandenburg e. V., den Zwischennutzern im Direktorenhaus – Haus 2 Alte Münze –, vor dem Verwaltungsgericht. Der Meisterrat und ein weiterer Kläger hätten das Land Berlin wegen des Beteiligungsverfahrens verklagt. Der Kläger sehe seine Eigeninteressen als Zwischennutzer nicht ausreichend berücksichtigt und fordere, dass die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens deshalb für unwirksam erklärt würden. Er – Redner – gehe davon aus, dass diese Klage keinen Erfolg haben werde.

Die Nutzungsentscheidung für Haus 4 und Haus 5 sei in der Schwebe gewesen. Für Haus 4 mit seinem Erweiterungspotenzial – als Haus 5 bezeichnet – habe man mittlerweile die kulturfachliche Prüfung vorgenommen und entschieden, dort eine Ankerinstitution für Jazz und experimentelle Musik zu bevorzugen. Das betreffende Konzept basiere auf den Ergebnissen eines seit 2017 unter Moderation von BKM konsensual geführten Dialogprozesses zwischen Szenevertretern und -vertreterinnen auf Bundes- und Landesebene. Grundlage dafür sei ein Eckpunktepapier der IG Jazz Berlin für das Haus der Musik des 21. Jahrhunderts. Man wolle dort ein Zentrum für Jazz und improvisierter Musik mit internationaler Strahlkraft errichten. Es solle sich auch gegenüber anderen Genres der freien Musikszene wie Neuer Musik, expe-

rimenteller Popmusik, elektronischer und elektro-akustischer Musik öffnen. Nach der 2016 erstellten bundesweiten Jazzstudie fehle eine solche Ankerinstitution.

Insbesondere der Arbeit der Spreewerkstätten am Standort messe man großen Wert bei, und deren Expertise wollte man unbedingt in den weiteren Prozess einbinden.

Zur Finanzierung: Das Jazz-Konzept für das Haus 4 und Haus 5 sei unter der Koordination der BKM entstanden; man sei auch Akteur in diesem Prozess gewesen und habe vom Bund die Zusage, dass die BKM Investitionsmittel in Höhe von 12,5 Mio. Euro bereitstelle, wenn sich Berlin für dieses Konzept entscheide, wobei man diese Entscheidung unabhängig von dieser Zusage getroffen habe. Zudem habe sich der Bund bereit erklärt, sich hinsichtlich der laufenden Kosten, Projektförderung und dergleichen einer solchen Institution einzubringen mit Blick auf die Defizite im bundesweiten Maßstab.

Ausgehend von dem vorliegenden Konzept für Jazz und Improvisationsmusik sei zu klären, welche inhaltlichen Schwerpunkte gesetzt werden sollten und wie das Betriebskonzept aussehen solle, das sich in den Gesamtstandort einbinden müsse. Offen sei auch noch, wie man das alles benennen solle.

Für 2021 und 2022 ständen Entwurfsplanung inklusive Bauablaufplanung, Kostenberechnung, Baugenehmigungsverfahren, Ausführungsplanung und Durchführung einer partiellen Hofdeckensanierung an, und ab 2023 die EU-weite Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen sowie Schaffung von Baufreiheit und dann bis 2026 die Umsetzung des Sanierungsprozesses – denkmalgerecht, aber nicht als Luxussanierung, denn man wolle das Flair des Areals als solches erhalten.

Frank Jahnke (SPD) stellt fest, dass man mit dem im Oktober 2019 vorgestellten Konzept eine neue wichtige Etappe hinsichtlich der Nutzung dieses Areals erreicht habe. Nach Auffassung der Koalitionsfraktionen solle gerade für Haus 4 und 5 eine musikalische Nutzung im Mittelpunkt stehen, und das in der Mitteilung – Drucksache 18/2411 – vorgestellte „House of Jazz“, das möglicherweise auch einen anderen Namen erhalten könne, sei sicherlich die ausgereifteste Überlegung hierzu.

Hervorzuheben sei, dass man für das Areal bewusst kulturelle und kreativwirtschaftliche Nutzungen anstrebe, ohne dass diese gegeneinander ausgespielt würden. Dies stehe auch in Zusammenhang mit der Maßgabe, dass die Finanzierung dieses Objekts sozusagen aus sich heraus erfolgen soll. Mit den Zwischennutzern und -nutzerinnen solle man weiter im Gespräch bleiben, auch wenn er nicht ganz nachvollziehen könne, dass nun aus dem Direktorenhaus eine Klage vorgebracht worden sei. Dass in den anderen Gebäuden außerhalb von Haus 4 und 5 Raum für andere Sparten bleiben werde, sei wohl auch Konsens.

Sibylle Meister (FDP) erklärt, dass sie die Entwicklung in Richtung eines „House of Jazz“ grundsätzlich begrüße, aber nun etwas überrascht sei, da zuvor immer wieder betont worden sei, dass man die betreffenden 12 Mio. Euro, die der Bund dafür habe zur Verfügung stellen wollen, nicht annehmen werde, weil damit lediglich die Investitionsmittel, aber nicht die Unterhaltungsmittel bzw. konsumtiven Kosten abgedeckt seien. Wie sei es zu dieser Entscheidung gekommen? Wie werde man in Bezug auf die weiteren Kosten verfahren? – Wie werde man mit den gegenwärtigen Mietern auf diesem Areal umgehen? Wie sei die künftige Betreiber-

struktur gedacht? Bei dem vergleichbaren Konstrukt der „Kulturbrauerei“ sei der eine oder andere Mieter wirtschaftlich aufgestellt, und solche Mieter seien sicherlich erforderlich, wenn man sehr niedrige Mieten für den Kreativbereich, für Atelierräume und Ähnliches darstellen wolle. Sei an eine solche Mischung gedacht? Wie werde sich am Ende die Finanzierung gestalten?

Daniel Wesener (GRÜNE) hebt hervor, dass mit der vorliegenden Mitteilung – Drucksache 18/2411 – der bisherige Prozess zur Gestaltung der Alten Münze mit seinen Ergebnissen zu einem erklärten Vorhaben des Senats geworden sei. Das sei auch angesichts der Größe der Immobilie und ihrer Potenziale ein großer Erfolg für die Berliner Kulturpolitik. In den Unterlagen zu dieser Mitteilung sei die durchschnittliche Nettokaltmiete in Höhe von 6 Euro bis 7,50 Euro festgehalten, die für eine künstlerische Nutzung von Flächen sehr bedeutsam sei.

Das Betreiberkonzept sei auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Alte Münze trotz der künstlerischen Vielfalt eine Einheit und keinen Gemischtwarenladen darstellen solle, von besonderer Bedeutung. Dabei müsse es auch Möglichkeiten für die unterschiedlichen Nutzer und Nutzerinnen geben, Einfluss auf die Profilbildung der Alten Münze zu nehmen. Ein herkömmliches Mieter-Vermieter-Modell, wo mit einzelnen Nutzerinnen und Nutzern quasi bilateral – und hier nicht von der Kulturverwaltung, sondern der BIM – Verträge abgeschlossen würden, lehne er ab. Zwar würde das vertragsrechtlich und vielleicht auch betriebswirtschaftlich funktionieren, aber man würde sich die Chance nehmen, die Alte Münze zu einem Standort zu machen, der insgesamt funktioniere.

Im politischen Raum sei wohl unstrittig gewesen, dass es einen Musikschwerpunkt geben und dabei der Jazz eine Rolle spielen solle. Hinsichtlich der Beteiligung des Bundes sei darauf zu achten, dass dort nicht eine Einrichtung wie ein Ufo „lande“ und als Solitär wirke – also ohne Beziehung zu den in Berlin relevanten Szenen –, sondern auch die kulturpolitischen und kulturfachlichen Interessen des Landes Berlin gewahrt würden. Er habe den Kultursenator so verstanden, dass sich der Bund dort nicht nur einmalig investiv beteiligen werde. Treffe dies zu? – Es gehe mittlerweile auch nicht mehr um das ursprüngliche „House-of-Jazz“-Konzept, sondern um ein Haus für Jazz und benachbarte Genres – zwischenzeitlich unter der Bezeichnung „Haus für die Musik des 21. Jahrhunderts“. Finanzielle Mittel des Bundes könnten hierbei förderlich sein.

Dr. Robbin Juhnke (CDU) stellt fest, dass nach wie vor die konkreten Nutzungen und die kulturpolitische Schwerpunktsetzung im Vagen blieben und die Gefahr eines Gemischtwarenladens nicht abgewendet sei. Wie werde sichergestellt, dass dieses gesamte Projekt sich selbst trage und nicht zu einem neuen Subventionsempfänger werde? Dass einzelne Akteure dort subventioniert würden, könne durchaus zum Konzept gehören. In welcher Form wolle man die Wirtschaftlichkeit und eine zwangsläufig dahinterstehende Mischfinanzierung erreichen?

Christian Goiny (CDU) erklärt, die Alte Münze hätte auch aufgrund ihrer Lage eine Art „Rathaus der Berliner Musikszene“ werden können, aber mit dem jetzigen Nutzungskonzept sei diese Chance vertan. Seine Fraktion habe deshalb vorgeschlagen, einen Betreiber auszuwählen, der auch in der Lage sei, weite Teile oder das gesamte Areal zu bespielen, und mit diesem einen Erbbaurechtsvertrag abzuschließen, womit auch die Grundfinanzierung gesichert gewesen wäre. Dies habe in den 30 Jahren der Berliner Clubkultur vielfach und hervor-

ragend funktioniert, weil dabei auch viele verschiedene Nutzerinnen und Nutzer einbezogen würden.

Dass dieses Areal grundsaniert und in einen vermietbaren Zustand gebracht werde, sei in jedem Fall sinnvoll, und deshalb begrüße man auch die Bereitstellung der betreffenden Mittel. Aber was im Weiteren nun daraus abgeleitet werde, halte man für nicht richtig. Dass der Jazzbereich eine besondere Förderung erfahre, sei zu begrüßen, aber das wäre sicherlich auch mit einem privaten Betreiber oder Nutzer und einem entsprechenden Pacht- oder Erbbauzinsvertrag möglich gewesen. – Für die Finanzierung des Spielbetriebs ab 2026 fehle ein solides Konzept, und die erforderlichen Zuwendungstitel seien nicht in Sicht. Der vorliegenden Mitteilung sei zu entnehmen, dass in dieser Legislaturperiode hinsichtlich der Nutzungsseite nichts mehr geschehen werde, und insofern bleibe die Chance, dass die nächste Landesregierung Korrekturen vornehme und ein vernünftiges Nutzungskonzept auflege.

Regina Kittler (LINKE) erklärt, die Entscheidung für das Haus 4 und das Konzept der IG Jazz zu begrüßen, weil zum einen der Bund dafür die immer wieder angeführten 12,5 Mio. Euro bereitstellen und sich offensichtlich auch an den Betriebskosten beteiligen werde und zum anderen damit am besten die Verbindung von Produktion, Präsentation und kultureller Bildung hergestellt und auch die Neue Musik einbezogen werde. Wie hätten IG Jazz und INM ihre Konzepte entwickelt? Habe es eine Möglichkeit zur Vereinigung beider Konzepte gegeben? Nach der Angabe auf Seite 10 der vorliegenden Mitteilung sei „House of Jazz“ nur ein Arbeitstitel. Hierzu bitte sie um eine nähere Erläuterung. Welche Veränderungen beständen gegenüber der ursprünglichen Variante?

Die BIM wolle mit einer städtebaulichen Studie den Umfang des Erweiterungspotenzials für Haus 4 ermitteln. Wie sei hierbei der aktuelle Stand? – In der Mitteilung sei davon die Rede, dass zur Ausarbeitung des Raum- und Funktionsprogramms auch „planerische Patenschaften“ genutzt werden könnten. Hierzu bitte sie um eine Erläuterung. – Werde es so etwas wie einen Vergabebeirat geben, in dem auch Akteure und Experten der freien Szene vertreten seien? – Inwiefern werde der Denkmalschutz in die Planungen mit einbezogen? – Staatssekretär Dr. Wöhlert habe erklärt, dass die Durchschnittsmiete auf dem Areal der Alten Münze 6,50 Euro pro Quadratmeter betragen werde. Wie sei die Spanne von 6 bis 7 Euro gemeint?

Dr. Dieter Neuendorf (AfD) fragt, wie es ab 2026 um die schwarze Null für dieses gesamte Projekt – Stichwort: Querfinanzierung – bestellt sei. Werde der Bund tatsächlich mit einem langfristigen Engagement die erheblichen laufenden Kosten für das „House of Jazz“ auffangen? Sei die jetzt geplante Variante des „House of Jazz“ nur eine abgespeckte Form der ursprünglichen Planung?

Daniel Wesener (GRÜNE) nimmt Bezug auf die Kritik des Abgeordneten Goiny. Im vorliegenden Fall sei es gelungen, für eine Fläche von knapp 16 000 Quadratmetern eine Kreativ- und Kulturnutzung im konkreten Handeln des Senats zu verankern, und das sei ein außerordentlicher Erfolg. Angesichts der riesigen Fläche – mit keineswegs nur Kellerräumen – gehe auch der Vergleich mit der Clubkultur an der Sache vorbei.

Gegenwärtig wisse man noch nicht, welche Nutzerinnen und Nutzer in welcher vertraglichen Konstellation und mit welcher Nettokaltmiete auf diesem Areal sein würden, aber das könne man auch nicht erwarten. Dass man eine durchschnittliche Kostenmiete von 6 Euro bis 7,50

Euro habe vereinbaren können, sei allerdings ein großer Erfolg. Sicherlich werde es Nutzerinnen und Nutzer aus dem künstlerischen Bereich geben, die nicht mehr als 5 Euro zahlen könnten, aber mit der vereinbarten Kostenmiete bestehe eine realistische Möglichkeit für eine Quersubventionierung.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) erklärt, der vom Abgeordneten Goiny skizzierte Vorschlag zielle auf einen privaten Betreiber, treffe aber keine Aussage über die Schwerpunktsetzung in der Alten Münze. Das Areal zu sanieren, es per Konzeptverfahren zu vergeben und den Erbbauzins zu kassieren, sei kein kulturpolitisches Konzept. Wenn man es dermaßen dem Markt überlasse, verzichte man – trotz der verausgabten Sanierungskosten in Höhe von 35 Mio. Euro – auf die politische Gestaltung. Er hoffe, dass die CDU in der nächsten Legislaturperiode nicht regieren werde, damit die Alte Münze nicht einem solchen Schicksal anheimfalle.

Die ursprüngliche Idee eines „House of Jazz“ sei konzeptionell nicht untersetzt gewesen, während das jetzige Konzept für ein solches Haus in einem breiten Diskussionsprozess u. a. mit Vertretern der Berliner Musikszene, auch mit Beteiligung der UDJ und von Till Brönner, zustande gekommen sei und das Papier der IG Jazz dafür die Grundlage darstelle. Es sei auch versucht worden, verschiedene Ansätze zusammenzupacken, was aber am Ende nicht funktioniert habe. Das jetzige Konzept sehe jedoch explizit eine Öffnung in Richtung zeitgenössischer Musik und über den engeren Jazzbereich hinaus vor.

Selbstverständlich werde dieses Haus eine Einrichtung in der Einrichtung sein; für das gesamte Areal werde es also künftig ein Dach geben, und unter diesem Dach würden dann Akteure selbstständig ihre Dinge machen. Die Frage, wie dies im Einzelnen organisiert werden könne, habe man bisher nur angediskutiert. Akteure aus der Szene hätten dabei auch schon die Idee vorgebracht, das gesamte Areal in Erbpacht zu übernehmen und alles selbst zu regeln, aber diesen Ansatz teile man nicht, sondern es werde irgendeine Form öffentlicher Trägerschaft geben, die eine sehr offene Struktur haben solle und die Partizipation der auf dem Areal befindlichen Nutzerinnen und Nutzer einschließe. Seines Erachtens müsse man ab 2022/2023 konkret über die Betreiberstruktur nachdenken.

Finanziell trage sich das gesamte Projekt über die Mieteinnahmen, und man habe mit der BIM und den Akteuren um eine durchschnittliche Miethöhe gerungen. Diese sei in der Mitteilung mit 6,50 Euro bis 7,50 Euro angegeben, und die werde man durch die entsprechende Nutzung sicherstellen müssen. Zur betreffenden Frage der Abgeordneten Kittler: Mehr könne er dazu nicht sagen. – Die Probleme hinsichtlich des seinerzeitigen Angebotes des Bundes – Stichwort: 12,5 Mio. Euro – seien ausführlich dargestellt worden. Nach dem erfolgten Kommunikationsprozess habe man nun ein Konzept, das sowohl Land wie Bund gut fänden, wobei der Bund nun auch bereit sei, sich hinsichtlich der Dauerfinanzierung zu committen. – Die Mieten auf dem Areal seien durch die Akteure zu tragen, die auf dem dortigen Areal einzögen, oder durch das Arbeitsraumprogramm bzw. entsprechende Förderungen – Konzeptförderung, Atelierförderung oder gegebenenfalls auch eine konkrete Einrichtungsförderung, wie es beim „House of Jazz“ der Fall wäre.

Der nächste Schritt sei die Machbarkeitsstudie zur Einpassung von Haus 4 und 5. Dabei sei gemeinsam mit der BIM zu klären, inwieweit auf dem Areal eine Erweiterung nach den geplanten Nutzungen möglich sei. Dies werde hoffentlich im ersten Halbjahr 2020 geschehen;

dabei sei auch zu klären, inwieweit dafür eine B-Plan-Festsetzung erforderlich sei. Dann werde man Haus 4 und 5 schon auf die Nutzungsbedürfnisse hin konkret entwickeln.

Ansonsten habe man bestimmte Raumentalente identifiziert und die Möglichkeit, dann im weiteren Verfahren die richtige Mischnutzung hinzubekommen. Er gehe davon aus, dass bis 2023 alle jetzigen Nutzerinnen und Nutzer in der Alten Münze ihre Flächen weiter nutzen könnten. Wenn der Sanierungsprozess stattfinde, müsse man sehen, welche der dort vorhandenen Nutzungen sich mit den neuen Nutzungen verträgen und welche nicht. Gegebenenfalls müsse man Ersatzstandorte finden; er sehe aber nicht die Notwendigkeit, für jede Nutzung, die dort nicht mehr stattfinden könne, selbst einen Alternativstandort zur Verfügung zu stellen. Hervorzuheben sei, dass allen Nutzern vorher bekannt gewesen sei, dass es sich lediglich um eine Zwischennutzung handle. – Man werde regelmäßig Berichte zum Sachstand liefern.

Für die Betreiberstruktur und das konkrete Nutzungskonzept bleibe, wie bereits ausgeführt, noch Zeit; es werde sich um eine öffentlich getragene, öffentlich legitimierte und öffentlich verantwortete Betreiberstruktur handeln. Die Betreiberstruktur werde aber offen sein – für unterschiedliche Beteiligte ähnlich wie im HAU oder im Kampnagel in Hamburg. Eigentlich gebe es in Berlin derzeit nichts Vergleichbares, aber vielleicht sei das Bild von der „Kulturbrauerei“, wo ein Betreiber unterschiedliche Akteure auf dem Hof habe, nicht so falsch – nur halt öffentlich. Wenn man Leute hereinhole, die davon etwas verstünden und kuratorisch geschickt seien, und die Szenen mit einbeziehe, werde das ein sehr lebendiger, sehr cooler Ort für die Berliner Kulturszene werden. Wenn das Vorhaben an diesem Ort gut funktioniere, werde man hoffentlich zwei oder drei Grundstücke oder Areale mehr in Berlin finden, die man so für die Kulturnutzung entwickeln könne.

Christian Goiny (CDU) betont, dass die CDU-Fraktion viele Vorschläge für Standorte, Räumlichkeiten, Nutzung von Räumlichkeiten oder deren Finanzierung im Hinblick auf eine künstlerische Nutzung gemacht habe und diese Aufgabe engagiert angehe. Die Alte Münze habe man als möglichen Standort für die Clubkultur bzw. als großen Musikstandort gesehen; zu verweisen sei dabei auch auf ein Konzept wie das der Spreewerkstätten, die man übrigens als Dauernutzer dort gesehen habe, oder die Riverside Studios. Berlin sei eine internationale Musikstadt – in einer Liga mit London, New York und Los Angeles –, während der Kultursenator ein Kleinklein auf dem Niveau von Berliner Kommunalkulturpolitik vorführe, das diesem Anspruch nicht gerecht werde. Selbstverständlich sei auch der Jazz einzubeziehen.

Das Verfahren, einem Betreiber einen Pachtvertrag für einen Clubbetrieb anzubieten, funktioniere seit Jahrzehnten in Berlin – Beispiele: Watergate, Holzmarkt, Yaam oder Tresor. Warum wolle man solchen Betreibern oder der jungen Generation von Clubbetreibern diese Möglichkeit auf einer landeseigenen Immobilie verbauen? Es gehe nicht um eine Entscheidung zwischen einer kreativ-kulturellen Nutzung und einer kapitalistischen, maximalen Verwertung; gerade die Berliner Clubkultur habe gezeigt, dass sie eigenständige wirtschaftliche Konzepte entwickeln könne, wobei die wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht dem Prinzip der Gewinnmaximierung, sondern dem der Freiheit folge.

Florian Kluckert (FDP) erklärt, seine Fraktion freue sich darüber, dass wahrscheinlich in der Alten Münze ein „House of Jazz“ eine Chance habe. – Zum Beitrag des Vorredners: In Bezug auf das Kulturticketing habe die CDU-Fraktion kürzlich noch gefordert, möglichst klein zu denken.

Regina Kittler (LINKE) merkt in Bezug auf den Beitrag des Abgeordneten Goiny an, dass dieser sich wie ein „Rächer der Enterbten“ für die Clubszene aufspiele, aber darüber hinaus inhaltlich wenig vorgebracht habe. Warum gehe dieser davon aus, dass die Clubszene am Standort Alte Münze keine Rolle spielen werde? – Hilfreich wäre es, wenn die Berliner Initiative zur Anpassung des Gewerbemietrechts von der Bundesregierung aufgenommen würde.

Daniel Buchholz (SPD) erklärt, der Abgeordnete Goiny betreibe „gehobene Schaumschlägerei“, denn er verkünde wortreich Rettungsmöglichkeiten für die vielen Akteure in der Kunstszene, von denen er selbst wisse, dass sie angesichts der explodierenden Berliner Gewerbemieten völlig unrealistisch seien. Dagegen unternähmen die CDU-Vertreter in den Bezirken, aber auch die CDU-Fraktion im Bundestag nichts. Die jetzige Koalition in Berlin unternehme hingegen alles, um die Kultur- und Clubszene in Berlin real zu unterstützen.

Christian Goiny (CDU) entgegnet, dass man die verschiedenen Themenkreise auseinanderhalten solle. Über die Themen „Gewerbemieten“ oder „Gewerbe- und Industriestandorte in Berlin“ könne man jeweils eigene Diskussionen führen. Die CDU fordere im Übrigen seit Langem, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen auch Kultur- und Kreativstandorte mitzudenken; ein entsprechender Antrag seiner Fraktion habe allerdings keine Mehrheit gefunden.

In der heutigen Diskussion gehe es darum, was das Land Berlin mit den landeseigenen Flächen – hier: Alte Münze – mache, und darauf seien die beiden Vorredner nicht eingegangen. Der Kultursenator habe sein Konzept vorgestellt, und die CDU-Fraktion habe einen anderen Vorschlag gemacht, der nun mit dem Vorwurf „Schaumschlägerei“ abgetan werde. Jedoch sei zu der Frage, ob man diese Fläche für die Clubnutzung zur Verfügung stellen solle – ja oder nein? –, nichts vorgebracht worden. Die CDU habe in ihrer Regierungszeit landeseigene Flächen für eine ausschließliche Clubnutzung zur Verfügung gestellt, beispielsweise für das Yaam mit Hilfe der Grünen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg oder für das „Maria am Ostbahnhof“ in der Stralauer Straße.

Die Vorgehensweise des Kultursenators in Bezug auf die Alte Münze werde der Bedeutung des Standorts nicht gerecht, denn dort solle zu viel Verschiedenes untergebracht werden, sodass am Ende das Profil und die internationale Strahlkraft fehlten. Der Kultursenator habe auch selbst offene Fragen benannt, und nach der Sanierung der Alten Münze werde man über diese Fragen in der nächsten Legislaturperiode weiter streiten können.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) merkt an, dass der Vorredner nicht hinreichend deutlich gemacht habe, was aus seiner Sicht nun konkret das Strahlende und Profilierte am Standort Alte Münze sein solle. – [Christian Goiny (CDU): Habe ich doch gesagt, Clubstandort!] – Nach dem jetzigen Konzept solle es dort eine Clubnutzung geben. Man verspreche aber konkreten Clubakteuren noch nichts, denn zunächst einmal müsse die Alte Münze saniert werden.

Bei der Vergabe eines Grundstücks über das Erbbaurecht sei die weitere Kontrolle ausgeschlossen. Zudem müsse man bedenken, welche Mieten von einem Betreiber aufgerufen würden, wenn er Flächen vergebe, die gerade für 35 Mio. Euro saniert worden seien. Im weiteren Verlauf würden dann verschiedene Akteure gegeneinander ausgespielt. Das Beteiligungsverfahren habe hingegen das Ziel verfolgt, unterschiedliche Bedarfe in der freien Kulturszene zusammenzutragen und mit den Nutzungsmöglichkeiten in der Alten Münze abzugleichen. Es

sei noch gar nicht festgelegt, wer dort welche Räumlichkeit beziehe, und insofern fehle für den erhobenen Vorwurf einer verpassten Chance die Grundlage. Er sei sicher, dass die Alte Münze ein sehr bunter, sehr cooler und von der freien Szene mitgeprägter Kulturort werde.

Vorsitzende Sabine Bangert stellt fest, die Besprechungen unter 2 a), 2 b) und 2 c) seien abgeschlossen und die Drucksache 18/2411 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0022](#)
Konzeption zur kritischen Auseinandersetzung mit Kult
Berlins postkolonialer Gegenwart
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 5. August 2019

Frank Jahnke (SPD) hebt als Ergebnis der Anhörung hervor, dass die verschiedenen Gruppen aus der Community den Antrag zu einem Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept sehr begrüßt hätten, aber die Frage aufgetaucht sei, wo die Federführung bzw. eine eventuelle Koordinierungsstelle für die betreffenden Maßnahmen liegen solle. Vertreter des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags hätten auf die gute Tradition einer Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsverwaltung, der Landeszentrale für Entwicklungszusammenarbeit – LEZ –, hingewiesen. Seines Wissens ständen in der Wirtschaftsverwaltung Mittel, wenn auch nicht mit Stellen für die LEZ, zur Verfügung, mit denen man eine Vergabe z. B. an „Decolonize Berlin“ oder eine andere Institution vornehmen könnte. Woher kämen diese Mittel, und mit welcher zeitlichen Perspektive könne eine solche Koordinierungsstelle realisiert werden?

Daniel Wesener (GRÜNE) weist darauf hin, dass man im Doppelhaushalt 2020/2021 zusätzliche Mittel für die postkoloniale Erinnerungsarbeit bzw. Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit bereitgestellt habe. Wie bereits angeführt, sei es wichtig, eine unabhängige, zentrale Koordinierungsstelle zu schaffen. Auch dafür ständen Mittel zur Verfügung; in der vergangenen Woche habe ein Auftakttreffen stattgefunden, an dem auch viele Akteure aus dem zivilgesellschaftlichen Kontext teilgenommen hätten. Zudem engagiere sich die Kulturstiftung des Bundes, und zwar in einem Koordinierungsprojekt mit der Stiftung Stadtmuseum, aber auch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren bzw. NGOs. – Leider liege zu dem angeforderten Zwischenbericht für ein ressortübergreifendes Konzept ein Bitte um Fristverlängerung um ein halbes Jahr vor; deren Länge sei ungewöhnlich. Die Ursache für die Fristverlängerung liege nicht bei der Kulturverwaltung.

Vorsitzende Sabine Bangert merkt an, dass es ihres Wissens an der Wissenschaftsverwaltung liege. Man werde dies im Auge behalten.

Martin Trefzer (AfD) erklärt, die Anhörung habe gezeigt, dass die Dekolonisierungsinitiative des Senats und der zivilgesellschaftlichen Träger auf zwei grundlegenden Irrtümern aufbaue, und zwar zum einen auf einer Verantwortungsanmaßung, da die deutsche Kolonialpoli-

tik nicht von der Stadt Berlin ausgegangen sei. Es handle sich vielmehr um eine gesamtstaatliche Aufgabe, die den Bundestag und die Bundesregierung betreffe. Zum anderen würden die gegenwärtigen Probleme etwa in Afrika monokausal dem Kolonialismus zugeschrieben, und das sei unterkomplex und falsch. Er verweise in diesem Zusammenhang beispielsweise auf den Artikel „Danach fragt ein treuer Beamter“ von Brigitta Hauser-Schäublin in der FAZ vom 17.01.20. Nicht zuletzt werde es so den jetzigen Regierungen in Afrika relativ leicht gemacht, jetzige Missstände dort zu rechtfertigen.

Mittlerweile habe man sich hinsichtlich der Federführung bzw. Koordinierungsstelle für „Decolonize Berlin“ entschieden. Wie sei hierbei der wissenschaftliche Sachverstand eingebracht worden? Auch Ulrich van der Heyden frage in dem Artikel „Viel Unkenntnis in der Diskussion: Berliner Kolonialismus und alternative Fakten“ in der „Berliner Zeitung“ vom 28.10.19 kritisch, ob man nicht besser daran getan hätte, auch Kolonialhistoriker zu diesem Thema zu befragen. Es entstehe eine Unwucht, wenn man fast ausschließlich mit zivilgesellschaftlichen Initiativen versuche, dieses Thema in Angriff zu nehmen; Fragen der Provenienzforschung und der Rückgabe von Raubkunst könne man so nicht angehen. Wahrscheinlich würden so lediglich politische Ergebnisse erzielt, die die vorherige Sichtweise auf das Thema und die Prämissen der rot-rot-grünen Koalition bestätigten. Insofern hoffe er, dass noch Änderungen an diesem Ansatz vorgenommen würden.

Regina Kittler (LINKE) merkt zum Beitrag des Vorredners an, die pseudowissenschaftlichen Wiederholungen zu diesem Thema führten zu keiner Veränderung des gewählten Ansatzes. Vielmehr müsse man Verantwortung für die Geschichte übernehmen, weil dies für die Zukunft wichtig sei.

Frank Jahnke (SPD) weist den Vorwurf der Monokausalität zurück. Der Kolonialismus sei ein elementarer Faktor für die jetzigen Grundstrukturen der Ökonomien in Afrika, und es wäre absurd, dies infrage zu stellen. Seines Erachtens missverstehe der Abgeordnete Trefzer das gesamte Thema; so solle z. B. die Koordinierungsstelle kein wissenschaftliches Beratungsgremium sein, sondern die betreffenden Initiativen ressortübergreifend koordinieren. Selbstverständlich werde man aber an anderer Stelle wissenschaftliche Expertise einbinden, die in diesem Bereich auch vorhanden sei.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) erklärt, den angeführten Artikel von Brigitta Hauser-Schäublin habe er mit großem Interesse gelesen. Dass Museumsdirektoren dafür gekämpft hätten, dass Kulturgüter entgegen dem Verlangen auf dem Kunstmarkt auch in ihren Herkunftsgesellschaften blieben, habe allerdings nichts mit den konkreten Problemen des Kolonialismus zu tun. Der Vorwurf der Monokausalität treffe nicht zu; entgegen der Darstellung des Abgeordneten Trefzer habe in der Anhörung niemand behauptet, alle Probleme in Afrika seien durch den Kolonialismus hervorgebracht worden.

Bei dem jetzigen Ansatz gehe es allenfalls am Rande um die Rückgabe von Kulturgütern; die Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit dem Ethnologischen Museum und die Wissenschaftsverwaltung mit den betroffenen Museen nähmen ihre Provenienzforschungsprojekte, die Digitalisierung etc. komplett unabhängig davon vor. Wenn man hingegen von „Dekolonisierung der Sammlungen“ spreche, gehe es darum, ob sich möglicherweise in den Sammlungen der Stadt bzw. des Landes Berlin Gegenstände befänden, die hier entstanden und stadtgeschichtlich relevant seien, aber in Verbindung mit kolonialen und rassistischen Denkweisen und Ste-

reotypen hierzulande ständen. Eine „Dekolonisierung der Stadt“ ziele darauf, sich mit diesen Denkweisen auseinanderzusetzen, und dafür würden entsprechende Ressourcen bereitgestellt.

Die Aufarbeitung solle gemeinschaftlich mit der Zivilgesellschaft – und nicht allein durch diese, wie der Abgeordnete Trefzer behauptet habe – erfolgen. Der Historische Beirat beim Kultursenator werde sich demnächst wiederholt intensiv mit der Frage beschäftigen; auch Paul Spies mit Mitarbeitern des Berliner Stadtmuseums gehörten zu den Akteuren, mit denen man gemeinsam dieses Konzept bearbeitet habe, und diesem könne man sicherlich nicht die Wissenschaftlichkeit absprechen. Das Konzept fuße auf zwei Säulen, nämlich den Institutionen und der Zivilgesellschaft.

Die Kulturverwaltung adressiere übrigens mit den Ressourcen, die sie eingestellt habe, tendenziell eher die Institutionen, während die bei der Wirtschaftsverwaltung eingestellten Ressourcen für die Koordinierungsstelle der Koordinierung der zivilgesellschaftlichen Initiativen dienen sollten. Das habe auch nichts mit der Federführung zu tun; die Federführung für den Gesamtprozess liege bei der Kulturverwaltung, und einzelne Verwaltungen übernähmen bestimmte Themenkomplexe. Die Koordinierungsstelle liege bei der Wirtschaftsverwaltung, weil sie auch jetzt schon den Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag fördere. Erfreulicherweise sei es auch gelungen, die Kulturstiftung des Bundes zu beteiligen; sie werde das Projekt über die nächsten fünf Jahre begleiten.

Die Wissenschaft und die Wissenschaftsverwaltung müssten wohl künftig noch eine stärkere Rolle spielen, zum einen wegen der Zuständigkeit für den Botanischen Garten, das Naturkundemuseum und das Medizinhistorische Museum der Charité und zum anderen, weil im Feld der Wissenschaft nicht bei null begonnen werde, sondern postkoloniale Forschung und Studien dort eine gewisse Tradition und Verankerung hätten.

Martin Trefzer (AfD) erklärt, es sei erfreulich, wenn der Abgeordnete Jahnke jetzt das betreffende monokausale Argument offenbar nicht mehr für sich in Anspruch nehme. In der Anhörung habe er allerdings noch erklärt: „Es ist ja so, dass die Wirtschaftsstruktur jener Länder, die von Deutschland kolonialisiert wurden – die nicht nur, aber überwiegend in Afrika lagen –, natürlich bis heute vom Kolonialismus geprägt ist.“ – [Frank Jahnke (SPD): Das stimmt, und das habe ich gerade wiederholt!] –

Ulrich van der Heyden habe in dem bereits angeführten Artikel auf viele unwissenschaftliche Prämissen hingewiesen, die gerade von den antikolonialen Initiativen vorgebracht würden, aber offenbar habe man dazu keine Kolonialhistoriker befragt und auch die angebotene Unterstützung nicht annehmen wollen. Ulrich van der Heyden habe zudem beklagt, dass sich einige Punkte des Antrags für dieses Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept so läsen, als wolle man Eulen nach Athen tragen. Es werde so getan, als müsse man Dinge, die in der Wissenschaft längst erforscht würden bzw. seien, jetzt mit postkolonialen Initiativen und zivilgesellschaftlichen Gruppen nochmals erneut erforschen. – Er bleibe bei dem Vorwurf, dass der wissenschaftliche Ansatz nicht gebührend berücksichtigt werde. Kultursenator Dr. Lederer habe zwar jetzt auf die Beteiligung von Paul Spies und des Berliner Stadtmuseums verwiesen, aber in dem betreffenden Antrag und dem bisherigen Vorgehen sei das leider nicht erkennbar.

Vorsitzende Sabine Bangert stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0084](#)
Das Museum der Moderne und seine inhaltliche Kult
Einbindung in das Kulturforum
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 12. März 2018

Vorsitzende Sabine Bangert stellt fest, dass keine Wortmeldung vorliege und der Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0163](#)
Internationale Jugendbauhütte in Berlin – Kult
Planungen und Umsetzung
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 4. November 2019

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa) erklärt, mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2020/2021 seien die Grundlagen geschaffen, um die vorgesehenen Schritte für eine Internationale Jugendbauhütte in Berlin zu realisieren. Am 10.01.20 habe ein erstes Treffen der beteiligten Akteure im Haus der Kulturverwaltung stattgefunden.

Vorsitzende Sabine Bangert stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU [0174](#)
Drucksache 18/2408 Kult
Der Griessmühle eine Zukunft geben Haupt

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 7 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.